

75 Jahre Potsdamer Abkommen - "Es ging ums Geld"

Süddeutsche Zeitung, 2. August 2020

75 Jahre Potsdamer Abkommen: "Es ging ums Geld"



Winston Churchill, Harry Truman und Josef Stalin auf der Potsdamer Konferenz, 1945.

(Foto: SZ Photo)

Das Potsdamer Abkommen von 1945 führte zur deutschen Teilung. Dabei war die gar nicht beabsichtigt, sagt Historiker Ulrich Herbert.

Interview von [Paul Katzenberger](#)

Nur gut zwei Wochen gaben sich Josef Stalin, Harry S. Truman, Winston Churchill und dessen Nachfolger Clement Attlee, die Regierungschefs der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, um im Potsdamer Schloss Cecilienhof weitreichende Vereinbarungen für die Zukunft des besiegten Kriegsgegners Deutschland auszuhandeln. Unter anderem beinhalteten die "Potsdamer Beschlüsse" Bestimmungen über die von Deutschland zu leistenden Reparationen, die Behandlung von Kriegsverbrechern, Siedlungsräume, Regelungen über territoriale

Fragen bezüglich der deutschen Ostgebiete, die politische und wirtschaftliche Neuordnung Deutschlands und die Aufteilung in vier Besatzungsgebiete.

Historiker Ulrich Herbert von der Uni Freiburg erklärt im Interview, worum es im Kern bei den Verhandlungen ging, welch mehrfaches Glück die Westdeutschen hatten und wie hoch die inzwischen erreichten Erfolge der Ostdeutschen einzuschätzen sind.

SZ: Die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen wurde in wenigen Verhandlungstagen beschlossen. Darf ein Beschluss mit so weitreichenden Folgen tatsächlich so schnell gefasst werden?

Ulrich Herbert: Mit diesem Beschluss wurde nur der militärische Ist-Zustand festgeschrieben. Jeder der drei Alliierten war fortan für den Teil Deutschlands zuständig, den er militärisch besetzt hatte. Die weitreichenden Auswirkungen, die sich später daraus ergaben, waren zu dieser Zeit noch nicht absehbar und wohl auch nicht intendiert.

Das heißt, den Besatzungsmächten war nicht klar, dass ihr Beschluss vier Jahre später zur Teilung Deutschlands in zwei Staaten führen würde, und sie wollten das auch nicht?

So ist es. In Potsdam sahen sich die "Großen Drei", also die USA, Großbritannien und die Sowjetunion - Frankreich kam erst später dazu -, noch in der gemeinsamen Verantwortung für Gesamtdeutschland. Die Zusammenarbeit zwischen den Alliierten während des Krieges war ja besser und enger, als es die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme vermuten ließen und als heute meist vermutet. Auch die wichtigen Entscheidungen über die Zukunft des besiegten Deutschlands waren einmütig getroffen worden, etwa die berühmten vier "De"s, also Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung - obwohl die einzelnen Alliierten ja durchaus unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, was etwa unter Demokratisierung zu verstehen war oder unter Denazifizierung. Der Knackpunkt war aber ein ganz anderer: die Frage der Reparationen. Es ging ums Geld.

Welches Geld denn in diesem Land, das in Schutt und Asche lag?

Nun, die Sowjetunion hatte einen riesigen Bedarf an Reparationen. Der gesamte westliche Teil des Landes war von Hitler-Deutschland zerstört worden. Für die UdSSR war die Reparationsfrage von überragender Bedeutung. Es war auch unstrittig, dass die Sowjetunion den größten Teil der von Deutschland zu zahlenden Reparationen bekommen sollte. Aber die Westalliierten warnten, man dürfe den Deutschen nur so viel wegnehmen, dass sie nicht verelendeten. Sonst müssten am Ende die Alliierten noch die Deutschen unterstützen. Für die Sowjetunion war das von untergeordneter Bedeutung, angesichts des Elends in ihrem eigenen Land war die Lage der deutschen Bevölkerung für sie ganz nachrangig - nachvollziehbarerweise. Die entscheidende Auseinandersetzung in Potsdam war die über die Reparationen.

Aber warum führte diese Auseinandersetzung schließlich zur Teilung Deutschlands?

Aus zwei Gründen: Zum einen wuchs Distanz und Misstrauen zwischen den Westmächten und der UdSSR. Zum anderen konnten sich die Alliierten nicht auf einen gesamtdeutschen Ansatz zur Begleichung der Reparationen einigen. Der erste Gedanke war: 'Ok, wir definieren eine Summe, zum Beispiel 20 Milliarden Dollar, und davon bekommt die Sowjetunion die Hälfte.' Dagegen gab es Einwände, vor allem von den Briten: 'Wir wissen ja gar nicht, ob wir das aus Deutschland herausholen können!' Deswegen der zweite Vorschlag: Keine feste Summe, sondern Quoten. 'Die Sowjetunion bekommt die Hälfte von dem, was Deutschland zahlen

kann.' Das aber das konnte angesichts der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ja womöglich auch nur sehr wenig sein. Damit war die Sowjetunion nicht einverstanden. Und dann kam der Vorschlag, auf den sich die drei Parteien schließlich verständigten: Keine Reparationssumme, keine Quote, sondern Reparationsgebiete. Jeder solle seinen Reparationsbedarf aus der eigenen Besatzungszone entnehmen. In der sowjetischen Besatzungszone lag etwa ein Drittel des deutschen Industriepotentials - also keine unrealistische Größenordnung. Zusätzlich sollte die UdSSR einen Teil der Reparationsentnahmen aus dem Westen erhalten, vor allem aus dem Ruhrgebiet. Das ist dann aber nicht mehr realisiert worden.

War denn die Sowjetunion bereit, diesen Vorschlag zu akzeptieren?

Ja, er sicherte einen großen Reparationsanteil und gab ihnen in der eigenen Zone Handlungsfreiheit. Für die USA und Großbritannien war entscheidend, dass der enorme Reparationsbedarf der Sowjetunion nicht auf die Westzonen durchschlug. Um das Prinzip der Reparationsgebiete durchzusetzen, waren sie im Gegenzug sogar bereit, die Westverschiebung Polens und damit die Abtrennung der deutschen Ostgebiete zu akzeptieren. Allerdings hatte die UdSSR hier durch die Vertreibung eines Großteils der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten längst Tatsachen geschaffen.

Diese Lösung lief darauf heraus, dass die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone nahezu die gesamte Last der Reparationszahlungen zu tragen hatte, die eigentlich von allen Deutschen hätte bezahlt werden müssen. Gerecht war das nicht.

Die gesamte Last wäre zu viel gesagt. Am Anfang waren die Westalliierten durchaus bestrebt, Reparationen aus West-Deutschland in erheblichem Ausmaß zu entnehmen, um die deutsche Wirtschaftskraft, vor allem die Rüstungswirtschaft, zu schwächen. Doch in dem Maße, wie das Misstrauen gegenüber der Sowjetunion im Westen stieg, begannen die West-Alliierten eher daran zu denken, ihre Zonen wirtschaftlich aufzubauen. So wurden die Demontagen in den Westzonen schon 1946/47 zurückgenommen, dann eingestellt. Die Sowjetunion hingegen nahm aus der eigenen Besatzungszone so viel heraus, wie sie konnte. Ganze Wirtschaftszweige, wie die Auto-, Gummi- oder Flugzeugindustrie wurden zu 80 bis 100 Prozent abgebaut und in die Sowjetunion geschickt. Zwei Drittel der gesamten Schwerindustrie wurden demon­tiert. Das hatte für die Wirtschaft in Ostdeutschland verheerende Auswirkungen, die jahrzehntelang spürbar waren. Letztlich wurde die DDR-Wirtschaft aber durch den von der Sowjetunion eingeführten Staatssozialismus noch erheblich stärker beeinträchtigt als durch die Demontagen. Aber als Bilanz ist unübersehbar: Die Ostdeutschen haben in einem viel größeren Maß für den Krieg bezahlt als die Westdeutschen.

In unserer heutigen Wahrnehmung dieser historischen Abläufe spielt das kaum eine Rolle. Da wird eher gesehen, wie viel Geld nach der Wiedervereinigung nach 1990 vom Westen in den Osten transferiert wurde. Müssten wir dieses damalige Opfer der Ostdeutschen im heutigen Gesamtdeutschland nicht viel stärker in den Vordergrund stellen - zum Beispiel durch einen Gedenktag oder eine andere Würdigung?

Gedenktage helfen hier, glaube ich, nicht. Zumal es ja kein fixes Datum gibt, an dem die politische Teilung Deutschlands festgemacht werden könnte. Die Teilung Deutschland war eher war ein langer Prozess, der sich von 1945 bis 1949 hinzog und schließlich erst etwa durch die Währungsreform und die Berlin-Blockade von 1948 unumkehrbar wurde. Aber Ihre Frage ist berechtigt, weil die Frage der Teilung und ihrer Ursachen im öffentlichen Bewusstsein in Deutschland heute eine geringe Rolle spielt. Allerdings wurden die ja in der Tat erheblichen

Transferleistungen von West nach Ost nach 1990 von der Bundesregierung unter Helmut Kohl auch als später Ausgleich dieser ungerechten Ausgangslage verstanden.

Wie Sie ausführen, war es eine unglückliche Fügung, Bewohner des sowjetischen Besatzungsgebietes zu sein. Gab es denn in diesem Sinne auch bessere oder schlechtere Zonen unter den drei westlichen Besatzungsgebieten?

Nur bedingt. Sicher wurden die Bewohner der französischen Besatzungszone (*Rheinland-Pfalz und Teile Baden-Württembergs, Anm. d. Red.*) zunächst vergleichsweise stärker getroffen, weil die die Versorgung der Bevölkerung hier schlechter war und die Franzosen einen sehr harten Umgang mit den Kriegsgefangenen pflegten. Auch in der britischen Zone (*Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und NRW, Anm. d. Red.*) war die Versorgung zeitweise sehr schwierig, weil die britische Wirtschaft am Boden lag. Die Briten haben sogar bestimmte Regionen ihrer Zone besser versorgt, als das im eigenen Land der Fall war. Dennoch gab es 1946/47 auch in Westdeutschland einen regelrechten Hungerwinter. In der amerikanischen Zone (*Bayern, Hessen, Bremen und Teile Baden-Württembergs, Anm. d. Red.*) war die Versorgung noch am besten, weil die Amerikaner über die meisten Ressourcen verfügten. Aber diese Unterschiede würde ich im Nachhinein nicht überbewerten.

Warum nicht?

Weil sich die Situation im Laufe von zwei, drei Jahren so rasch veränderte. Am Anfang 1945 waren die Deutschen und die Nazis die Hauptgegner der West-Alliierten, doch schon ein Jahr später war das nicht mehr der Fall. Deutschland war ja geschlagen und keine militärische oder politische Gefahr mehr. Aber es deutete sich bereits die neue Konfrontation mit der Sowjetunion an, die dann zum Kalten Krieg zwischen Ost und West führte. Das war für die Westmächte jetzt die viel größere Gefahr, sodass die Auseinandersetzung mit Hitlerdeutschland und den NS-Verbrechen in den Hintergrund rückte. Spätestens 1948 wurde klar, dass es einen Weststaat geben würde, der von den Westmächten, vor allem den USA, wirtschaftlich und politisch unterstützt würde; Stichwort Marshallplan. Wer im Westen lebte, hatte insofern mehrfach Glück gehabt. Über die NS-"Vergangenheit", die ja erst drei Jahre vergangen war, wurde kaum noch gesprochen, die Währungsreform bot die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufschwung, der sich vier, fünf Jahre später auch einstellte. Vor allem aber etablierten die Westmächte einen demokratischen Rechtsstaat, und das erwies sich als der größte Glücksfall.

Wer sich Deutschland heute ansieht, der stellt fest, dass die wirtschaftlich stärksten Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen alle in der amerikanischen Besatzungszone lagen. Ist das Zufall? Oder entschieden Unternehmen, wie Siemens, die Allianz oder die Deutschen Bank ganz gezielt, ihre Konzernzentralen von Berlin nach München oder Frankfurt zu verlegen, weil diese Städte amerikanisch besetzt waren?

Also, ein Teil des heutigen Baden-Württembergs war französisch besetzt. Aber natürlich - alle Unternehmen, die es konnten, verlegten ihre Produktionsanlagen und ihre Zentralen von Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone nach Westdeutschland - nach Düsseldorf, nach Frankfurt, Stuttgart oder München. Denn im Osten mussten sie mit Enteignung und Verstaatlichung rechnen. Hier stand zunächst vor allem das gerade entstehende Nordrhein-Westfalen - in der britischen Zone - im Mittelpunkt, mit dem Ruhrgebiet, dessen Schwerindustrie für den Wiederaufbau von ausschlaggebender Bedeutung war. Vor allem Bayern war zu dieser Zeit noch stark landwirtschaftlich geprägt und wirtschaftlich eher rückständig. Dass änderte sich aber im Zuge des Abbaus der Montanindustrie, also Bergbau, Stahlindustrie oder auch Schiffsbau, in den sechziger und siebziger Jahren zugunsten modernerer Wirtschaftszweige

wie Maschinenbau, Chemie und zunehmend Dienstleistungsbranchen wie Versicherung oder Finanzwesen. Das war aber ein Prozess, der sich erst 20 bis 30 Jahre nach Abschluss des Potsdamer Abkommens durchsetzte.

Gibt es Ihrer Auffassung neben den anhaltenden Schwierigkeiten des Wiedervereinigungsprozesses weitere Folgen der Aufteilung Deutschlands in vier Zonen, die bis heute andauern?

Natürlich sind die Folgen von 40 Jahren sozialistischer Wirtschaft in der DDR bis heute spürbar, wenn auch in abnehmendem Maße. Die politischen und kulturellen Auswirkungen aber sind vermutlich gravierender. Die Westdeutschen hatten vierzig Jahre lang Gelegenheit, unter Anleitung der Westmächte Demokratie und Rechtsstaat neu zu lernen und ein liberales, westlich orientiertes Land mit florierender Marktwirtschaft aufzubauen. Auf dem Gebiet der DDR aber herrschten zwischen 1933 und 1990 57 Jahre lang Diktaturen. Dass das kulturell und mental langfristig nachwirkte, ist nicht verwunderlich. Umso höher würde ich daher die seit 1990 erreichten Erfolge der Ostdeutschen einschätzen - wirtschaftlich gewiss, aber auch politisch und kulturell.